



NICHTS WIRD SEIN, WIE ZUVOR?

Durch das Coronavirus ist einiges in Bewegung gekommen. Grundfehler unserer Wirtschaftssysteme wird es aber kaum beheben.

COVID-19 hat in kurzer Zeit viele Gewissheiten in Frage gestellt. Dennoch ist es ein Trugschluss, dass nun der lang ersehnte Wandel von ganz alleine ins Rollen kommt. Corona primär „als Chance“ zu verstehen, daran sind Zweifel anzumelden: An vielen strukturellen Konstruktionsfehlern unserer sozialen und ökonomischen Systeme und der fortschreitenden Zerstörung des Planeten Erde wird sich nichts verbessern. Wir können geradezu von Glück sagen, dass wir es gegenwärtig mit einem Erreger zu tun haben, der primär durch seine Neuheit und unsere fehlende Immunabwehr so dramatische Folgen zeigt. Daran können wir auch für die Zukunft wenig ändern. Impfstoffe für unbekannte Krankheitserreger zu entwickeln ist unmöglich. Was aber müssen wir anpacken, damit wir in Zukunft besser auf eine solche Pandemie reagieren können?



United Nations COVID-19 Response/Unsplash

Dass COVID-19 nicht nur Folgen für die Gesundheit hat, ist mittlerweile offensichtlich. Durch die Beschränkungen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft zur Eindämmung der Pandemie sind praktisch alle Volkswirtschaften in der ersten Jahreshälfte 2020 in Rezessionen abgerutscht. Das hat auch für die Staatsfinanzen gravierende Auswirkungen: Zum einen wurden gewaltige Summen in Sofortmaßnahmen investiert. Allein bis Ende April summierten sich die Direkthilfen, Kredite, Garantien und Steuererleichterungen in den USA, der EU und Japan auf mehrere Billionen Euro. Zum anderen brechen in der Krise diverse Einnahmequellen weg oder verkümmern zu Rinnsalen. Kurz- und mittelfristig werden neue Belastungen hinzukommen, ob in Form von Konjunkturpaketen oder in Form von steigenden Schuldendiensten.

In der Krise sind nicht alle gleich

Die Möglichkeiten, mit diesen Belastungen umzugehen, sind sehr ungleich verteilt. „Während die Zentralbanken von reichen Ländern mit starken Währungen die geldpolitische ‚Bazooka‘ eingesetzt haben, würde eine expansive Geldpolitik in Entwicklungsländern mit einer Abwertung ihrer Währungen einhergehen und damit die Finanzierung wichtiger Importe und die Bedienung der Auslandsschulden erschweren.“¹ Aber auch andere politische Akteure sind von der Möglichkeit ausgeschlossen, sich über geldpolitische Hebel Erleichterung zu verschaffen. Das sind unter anderem die sogenannten nachgeordneten Gebietskörperschaften, also in Deutschland Länder, Regionen und Kommunen.

Zum anderen hat das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Direktkauf von Staatsverschuldung durch die Europäische Zentralbank (EZB) einmal mehr offengelegt, dass mit der Gemeinschaftswährung zwischen den Euro-Ländern ein wichtiger Ausgleichsmechanismus verloren gegangen ist. Dieser wird auch durch Instrumente wie den Europäischen Stabilisierungsmechanismus oder etwaige Corona-Bonds bzw. die Kreditaufnahmen durch die EU-Kommission nicht adäquat ersetzt. Ohne eine grundsätzliche Reform, sprich eine stärkere fiskalische Zusammenarbeit und den Abbau der ökonomischen Ungleichgewichte innerhalb der Währungsunion, bleibt das Euro-System anfällig für Krisen in einzelnen Mitgliedsländern.

Besonders getroffen von der Krise wird der globale Süden sein: Ihm brechen wichtige Exportmärkte für Rohstoffe und Waren, bspw. Textilien, weg. Einnahmequellen wie Tourismus und Rücküberweisungen versiegen, zugleich hat sich der Kapitalabfluss aus diesen Ländern beschleunigt.² Finanzierungsoptionen wie den Leitwährungsländern stehen nicht zur Verfügung. Auswege hat die UN-Konferenz über Handel und Entwicklung (UN Conference on Trade and Development) aufgezeigt: Sie fordert neben Direkthilfen in Form eines Marshall-Plans Finanzhilfen, die über die Neuschöpfung von Sonderziehungsrechten beim Internationalen Währungsfond (IWF) generiert werden sollen und Schuldenerlasse.³ In der Summe kämen diese Maßnahmen auf ca. 2,5 Billionen Dollar. Demgegenüber nehmen sich die tatsächlichen Maßnahmen von IWF und G20 marginal aus. Diese Institutionen habe sich bisher nur zu Stundungen durchbringen können, und auch das nur für spezifische Fälle.

Und es gibt sie doch: Profiteure der Krise

Im Vergleich dazu fällt die Bilanz der Konzernrettungen durch Staatsgelder großzügig aus. Auch wenn durch COVID-19 sogenannte systemrelevante Berufe hervorgehoben wurden, kann von einer systematischen, ökonomisch messbaren Aufwertung dieser Jobs nicht die Rede sein. Stattdessen werden mit Milliarden große Konzerne gerettet. Dabei wird wie schon in der Finanzkrise versäumt, diese Rettung an Kriterien zu binden, die unser Wirtschaftssystem gegebenenfalls etwas resilienter gestalten könnten. Wirksame Auflagen zu Umwelt- und Klimaschutz oder zum Erhalt von Arbeitsplätzen fehlen bspw. bei der Lufthansarettung.

Stattdessen könnten transnationale Konzerne kräftig von der Krise profitieren. Ein Instrument dafür dürfte das System der privaten Konzernklagerechte werden, das ausländischen Investoren über völkerrechtliche Abkommen weltweit Sonderklagerechte (Investor to State Dispute Settlement, ISDS) einräumt. Dazu gehört, dass sie Regierungen auf hohe Entschädigung für staatliche Maßnahmen verklagen können, falls diese Maßnahmen ihren Investitionsrenditen geschadet haben. Auch COVID-19 Auflagen, wie die Zwangsdrösslung oder -schließung von Produktionsstätten, könnten als Klagegrund dienen.

Insbesondere in der EU-Handelspolitik stehen die Vorzeichen trotzdem unverändert auf mehr Freihandel und Investorenrechte: Die Kommission hat viele Verhandlungen über Handels- und Investitionsabkommen priorisiert und beispielsweise kurzfristig die Verhandlungen mit Mexiko

abgeschlossen. Die Niederlande haben zum Höhepunkt der Pandemie das Abkommen der EU mit Kanada (CETA) ratifiziert. Selbst die vermeintlich progressiven Forderungen nach einer Menschenrechts- und Demokratieklausel in zukünftigen Verträgen mit China bleiben Augenwischerei. Die gibt es längst, doch für die Menschenrechte haben sie bisher wenig gebracht.

Dabei macht COVID-19 deutlich, dass wir uns dringend über die Konsequenzen unserer globalisierten, auf Freihandel angewiesenen Wirtschaft Gedanken machen müssen. Die Abhängigkeit von ausländischen Produktionsstandorten für Medikamente und Schutzausrüstung ist nur ein Beispiel von vielen. Die Forderung nach einer Rückbesinnung auf heimische Produktion ist für einzelne Sektoren wie die Lebensmittelgrundversorgung zwar zu begrüßen, für die Gesamtwirtschaft aber kaum umsetzbar – und in einer solidarischen Welt auch nicht pauschal wünschenswert. Statt nationalistische Töne zu verstärken, lohnen andere Fragen: Warum wird ein Großteil der hier verwendeten medizinischen Schutzhandschuhe in Asien unter sklavenähnlichen Bedingungen hergestellt? Wie erreichen sie unseren Markt und welche Menschen sind dabei involviert? 90 Prozent unserer Waren kommen auf Schiffen, auf denen Seeleute arbeiten, die während der Pandemie in Häfen strandeten, weder nach Hause konnten, noch adäquat versorgt wurden.

Globale Konkurrenz und der Wettbewerbsstaat werden bestehen bleiben

Die globalen Wirtschaftsbeziehungen sind und bleiben geprägt von Standortwettbewerb und der damit einhergehenden Deregulierung und Steuerkonkurrenz. Dabei darf der gerne aufgerufene Gegensatz von globalem Norden und Süden nicht verschleiern, dass dadurch nicht primär Ausbeutungs- und Abhängigkeitsstrukturen zwischen Ländern entstanden sind, sondern zwischen den verschiedenen FunktionsträgerInnen in den immer stärker verbundenen Wirtschaftsräumen. Ein – wenn auch nicht zwangsläufig nationalistisch verbrämtes – ‚Wir‘ verstellt dabei den Blick auf die Tatsache, dass Menschen sowohl im globalen Süden als auch Norden ausgebeutet werden, wenn auch in unterschiedlicher Intensität.

Auch in der Zeit nach Corona wird es so sein, dass wir in einem Netz wechselseitiger Ausbeutungen gefangen bleiben. Es beutet der schlecht bezahlte Altenpfleger den gleichermaßen mies bezahlten (und sehr wahrscheinlich irregulär beschäftigten) Erntehelfer aus, der in Spanien die Paprika vom Strauch pflückt, damit sich der Altenpfleger im Discounter etwas zu essen leisten kann. Es beutet die von berechtigten Existenzängsten geplagte deutsche Bäuerin den Altenpfleger aus, weil sie sich mit ihrem Einkommen kein höheres Gehalt für den Pfleger leisten kann. So geht es Minijobbern in Deutschland, Näherinnen in Bangladesch, den Arbeiterinnen in den Smartphone-Fabriken in Vietnam und China, der Coltan-Schürferin im Kongo, und dem Bulletinwender in New York.

Es gibt natürlich Leute, die davon profitieren – sonst würde das System so nicht am Leben erhalten. Zu den ProfiteurInnen gehören nicht nur die berühmten „acht Milliardenäre“; es sind Millionen in den Mittelschichten der Welt (auch wenn dieser Begriff von Ort zu Ort sehr verschieden

verstanden werden muss), die ihr Geld in diese Systeme investieren – weil ihnen sonst im Alter Armut droht. Je mehr Menschen in Situationen gebracht werden, die billige Lebensmittel und Verbrauchsgüter erfordern, wird irgendwo ein Geschäftsmodell entstehen, das diese Nachfrage bedient und den Teufelskreis am Leben erhält. Das kann nur unterbrochen werden, indem man gegen die vorherrschende ökonomische Logik beginnt, prekäre Beschäftigungsverhältnisse aufzuwerten, Löhne zu zahlen, die zu einem anständigen Leben reichen und umlagefinanzierte soziale Sicherungssysteme so zu stärken, dass der Zwang wegfällt, sich dem Diktat des Shareholder Value gleichzeitig zu unterwerfen und es zu stützen. Die absehbaren Folgen der momentan sprunghaft steigenden Staatsverschuldung bieten aber wenig Anlass dazu, dafür Spielräume zu erkennen.

Die Sache mit dem politischen Willen

Eine Sache, die sich in der Krise geändert zu haben schien, war die scheinbare Unfähigkeit der Politik, angesichts offensichtlicher Tatsachen die nötigen Entscheidungen zu treffen. Im März wurden im Bundestag im Eiltempo die größten Rettungspakete der Geschichte der Bundesrepublik verabschiedet. Dass sich daraus eine politische Entscheidungsfreudigkeit ablesen ließe, wäre allerdings verfrüht. Entscheidungen werden auch in Zukunft nur dann gefällt werden, wenn die richtigen Interessen betroffen sind. Eltern, Studierende und marginalisierte Gruppen müssen länger auf Unterstützung warten. Angesichts von ähnlich akuten Krisen in Sachen Klima, Biodiversität, Umweltverschmutzung, Ernährung und sozialen Ungleichheiten wäre das auch für diese Problemlagen sehr zu begrüßen.



*Nelly Grotendorf und
Wolfgang Obenland*

Die AutorInnen sind ReferentInnen für Politik beim Forum Umwelt und Entwicklung.

- 1 Ellmers, Bodo (2020): Vor der Pleite. Bonn. <https://www.2030agenda.de/en/article/vor-der-pleite>.
- 2 https://www.iif.com/Portals/0/Files/content/2_IIF2020_April_CFR.pdf.
- 3 <https://unctad.org/en/pages/newsdetails.aspx?OriginalVersionID=2315>.

RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung

2/2020



AUTOKORREKTUR EINE SCHLÜSSELBRANCHE HAT SICH VERFAHREN

**DIE AUTOINDUSTRIE –
TOO BIG TO FAIL?**
Und was macht die
Gewerkschaft?

› Seite 8

GAME-CHANGER TESLA
Düstere Aussichten für die
deutschen Autobauer

› Seite 14

INS ABSEITS LOBBYIERT
Warum und wie sich die
Autoindustrie selbst schadet

› Seite 17

**NACHHALTIGE MOBILITÄT
IN STÄDTEN**
Hebel für die urbane Trans-
formation im Globalen Süden

› Seite 31

ISSN 1864-0982